

Gib es ein Brüsseler Diktat, dem sich alle unterordnen müssen? Heute trifft es die Südländer und morgen vielleicht uns? Wie demokratisch ist eigentlich Brüssel mit seinen Kommissaren, die nur ernannt, aber niemals gewählt worden sind?

Ich zitiere zunächst aus einem Artikel der Zeitung DIE WELT, geschrieben von Henryk M. Broder, den ich gerne wegen seiner treffenden und saftigen Polemik bevorzuge. Seine deftige Auseinandersetzung mit Brüssel beginnt mit der Geschichte eines Bauern, der sparen muss.

„Ein Bauer, dem die Kosten für seinen Hof über den Kopf wachsen, stellt ein Sparprogramm auf. Erst einmal meldet er sich bei der GRZ ab, dann montiert er eine Fotovoltaik-Anlage auf das Dach seiner Scheune, mit der er Strom erzeugt, den er zu einem höheren Preis in das Netz einspeist, als er für den Strom zahlen muss, den er aus dem Netz bezieht. Aber das reicht ihm immer noch nicht. Er beschließt, seinem einzigen Esel das Essen abzugewöhnen, denn das Futter ist ein erheblicher Kostenfaktor in seiner Bilanz. So gibt er dem Tier jeden Tag weniger Heu und lässt die Mineralien – Natrium, Chlorid und Calcium - ganz weg. Anfangs geht alles gut, der Esel nimmt zwar ab, macht aber seine Arbeit, ohne zu murren. Bis er eines Tages tot umfällt. „So ein Jammer“, sagt der Bauer, „ich hatte ihn beinahe so weit“.

Die Griechen und die Spanier sind verzweifelt. Die Jugend hat keine Perspektive mehr. Deren Arbeitslosigkeit liegt in Spanien inzwischen bei 50 Prozent, eine Generation, gut ausgebildet, geht dem Land und Europa verloren. Griechenland, d.h. die Griechen sparen, es geht jeden Tag mehr an ihr Eingemachtes, Ersparnisse sind aufgebraucht, weil eine unfähige Regierung in der Vergangenheit Wirtschaftsdaten für den Beitritt zur EU gefälscht hat, Griechenland also gar nicht beitragsfähig war? Die Frage ist doch berechtigt, was der griechische Bauer, Geschäftsmann, der Angestellte im Öffentlichen Dienst, der Kraftfahrer, die Krankenschwester, der Arzt u.s.w mit dem Versagen der Regierung zu tun haben? Warum wird er in Geiselhaft genommen und für die Regierung verantwortlich gemacht? Wir in Deutschland haben die Erfahrung gemacht, dass Kollektivstrafen unzulässig sind. Warum müssen sich die Völker dem Diktat in Brüssel beugen?

Bei näherer Betrachtung bange ich um unsere Zukunft in Deutschland; denn es sind schwere Fehler gemacht worden. Deutschland hätte wie die skandinavischen Staaten Norwegen, Dänemark und Schweden seine Bürger fragen müssen, ob sie den Euro wollen. Aber damals war der Beitritt bereits alternativlos. Die Skandinavier haben „nein“ gesagt, sie sind nicht untergegangen. Im Gegenteil, sie haben es richtig gemacht und werden als Vorbild hingestellt.

In der Bundesrepublik Deutschland wäre wahrscheinlich auch keine Zustimmung für den Euro gekommen. Im Nachhinein habe ich das Gefühl, betrogen worden zu sein. Ich bin zunehmend von Zweifeln geplagt. Vielleicht liegt es auch nur daran, dass mich die kritischen Artikel von Henryk M. Broder ansprechen. Er ist der Meinung, dass die EU keine Probleme löst, weil sie selbst ein Problem ist. Er sieht in der EU den massivsten Versuch, die Bürger zu entmündigen und die Gesellschaft zu entdemokratisieren. Der Schwindel beginnt mit den immer neuen Milliarden Euro, die die Wirtschaft der Südstaaten stabilisieren sollen. Broder sagt dazu, dass die Milliarden, die Griechenland „zur Verfügung“ gestellt werden, am Bestimmungsort so wenig ankommen wie die „Titanic“ im Hafen von New York. Eigentlich geht es nur noch darum, die den Griechen und den Spaniern gewährten Kredite zu refinanzieren und damit den Zusammenbruch der Banken zu verhindern. Die Kreditnehmer gehen dafür in die private Insolvenz!

Vorhundert Jahren wanderten viele Europäer aus ihren Heimatländern aus, weil sie der Armut entfliehen wollten.. Damals war Armut der Normalzustand des Bürgers. Mit der EU wurde den Beitrittswilligen Wohlstand versprochen. Jetzt erreicht sie eine neue Armutswelle, der sie sich kaum entziehen können. Wen sie es nicht schaffen, kommen sie nach Deutschland.

Vielleicht ist das gar keine Eurokrise. Es kann doch sein, dass die Grundlagen unserer westlichen Gesellschaften berührt werden. Fakt ist, dass sich die Wirtschaftsprognosen verschlechtern, die Spannungen zwischen Nord und Süd zunehmen und der Bankensektor nur noch als krank zu bezeichnen ist. Korruption macht sich breit, auch Deutschland ist nicht davor gefeit. Alarmberichte aus dem Gesundheitswesen machen die Menschen nachdenklich. Sind die Regierungen der Eurozone immer ehrlich oder werden wir bewusst in die Irre geführt? Noch im Jahr 2000 sollte die EU mit der „Lissabonstrategie“ bis 2010 zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt gemacht werden. Sind wir das Opfer von politischen Spinnern geworden? Nichts davon ist eingetreten, weil die Gründe für dieses Versagen in den sozialen und politischen Vorlieben der Europäer liegen. Egal, wie wir jetzt diskutieren, der eigentliche Grund für die Schuldenkrise ist die Vergreisung Europas. Auch in der Bundesrepublik Deutschland korrespondieren die Vorstellungen und Erwartungen nicht mehr mit der Wirklichkeit, weil alle Politiker nicht mehr tun, was sie tun müssten. Die Welt hat sich dramatisch verändert. Eine neue Welt entsteht, in der Europa nicht mehr führt. Der Erhalt der EU ist zwar zwingend, aber nicht mehr in der alten Form. Wen wir es nicht schaffen, dann werden wir zum Spielball anderer Mächte außerhalb Europas. Das muss den Europäern klar gemacht werden, damit sie in der

Krise zusammenstehen. Es bliebe zu wünschen, dass die EU in der Krise stärker wird und der Einigungsprozess beschleunigt wird, vielleicht in einem lockeren Verbund europäischer Staaten. Deutschland würde darin seine führende Position behalten, ohne wirklicher Anführer zu sein; denn das würden die Südstaaten nicht dulden. Der polnische Außenminister Sikorski wünscht sich aus gutem Grund von Deutschland mehr Führung. Wer hätte diese Meinung vor 50 Jahren für möglich gehalten. Damals hatten wir eine andere Krise. Krisen gibt es immer, sie lösen sich ab und hinterlassen immer Verwerfungen.

Dr. Else Ackermann

Neuenhagen, den 3. Februar 2013